

Liebe Unterstützerinnen, lieber Unterstützer,

die Zeit drängt: Laut des Weltbiodiversitätsrats sind weltweit eine Millionen Arten gefährdet. So sind mehr als die Hälfte der 460 Wildbienenarten in Baden-Württemberg akut vom Aussterben bedroht. Anderen Arten wie dem Feldhamster oder dem Rebhuhn geht es nicht besser. Aber wir brauchen die Artenvielfalt für unsere Zukunft.

Wir können wirklich was machen: Die Lage ist so dramatisch, dass nur **verbindliche Vorgaben** die Zukunft der Artenvielfalt sichern. Und es gibt in Baden-Württemberg die Möglichkeit, dass wir zusammen für verbindliches Handeln sorgen: **das Volksbegehren**.

Wir schreiben ein Gesetz für die Biene: Damit das alles Hand und Fuß hat, haben wir mit Hilfe von vielen Expertinnen und Experten ein Gesetz geschrieben, das unsere **Forderungen** auf den Punkt bringt. Und das Zeug hat, die Biene, aber auch alle anderen bedrohten heimischen Arten, zu retten. (siehe Rückseite)

Jede Stimme zählt: Dabei kommt es auf die Unterstützung von jeder und jedem Einzelnen an. Um das Volksbegehren zu beantragen, brauchen wir **10.000 Unterschriften** von Wahlberechtigten aus Baden-Württemberg. Bekommen wir die, geht es zum eigentlichen Volksbegehren: dann brauchen wir, vermutlich ab Sommer, die Unterschriften von zehn Prozent der Wahlberechtigten.

Mitmachen, aber richtig: Sie helfen uns, wenn Sie unsere Forderungen verbreiten, für unsere Anliegen werben, sich engagieren oder uns auch finanziell unterstützen. Mit diesem Umschlag halten Sie schon **das wichtigste Instrument** in der Hand. Der Umschlag enthält 20 Formulare, mit denen Sie Unterschriften von sich, Ihren Familien und Freunden sammeln können. Dazu wäre es toll, wenn Sie möglichst viele davon komplett ausfüllen, unterschreiben und **bis zum 31. Mai** in diesem Umschlag an uns senden.

Schnell gewinnt: Unter den ersten 500 Einsendern verlosen wir zehn Sumtgarter Honigpakete frei Haus. Unterschreiben dürfen alle, die mindestens 18 Jahre alt sind, die deutsche Staatsbürgerschaft und ihren Erstwohnsitz in Baden-Württemberg haben.

Die Initiatoren



Tobias Miltenberger



David Gerstmeier

Welches Ziel verfolgt das Volksbegehren?



Baden-Württemberg soll sich im Besonderen für den Artenschutz einsetzen: Die Bewahrung der Artenvielfalt ist eine der wichtigsten Aufgaben, wenn wir Menschen auf diesem Planeten eine Zukunft haben wollen. Artenschutz ist keine Frage für freiwillige Absichtserklärungen – sondern fürs Gesetzblatt.



50 Prozent Bio-Landwirtschaft: Die ökologische Landwirtschaft ist besser für die Artenvielfalt. Das behaupten nicht (nur) wir, sondern auch die Forscher des Thünen-Instituts. Und die sind die wichtigsten agrarwissenschaftlichen Berater der Bundesregierung. Deswegen soll die Landesregierung die Öko-Landwirtschaft so fördern, dass bis 2025 ein Viertel und bis 2035 die Hälfte aller landwirtschaftlichen Flächen im Ländle ökologisch bewirtschaftet werden.



Die Halbierung der Pestizide: Nichts gefährdet Feldhamster, Rebhuhn, Biene und Co. mehr als Pestizide. Sie vergiften Beikräuter und vermeintliche „Schädlinge“ – und so die Nahrungsgrundlage für viele Tiere. Außerdem begünstigen Ackergifte lebensfeindliche Formen der Landwirtschaft, etwa Monokulturen. Deswegen gibt es nur eine Lösung: Weniger Pestizide braucht das Land. Die Landesregierung soll bis 2022 einen Plan vorlegen, wie der Anteil der mit Pestiziden belasteten Flächen im Land bis 2025 um die Hälfte reduziert werden kann.



Verbot von Pestiziden in Naturschutzgebieten: In Baden-Württemberg werden auch auf besonders geschützten Flächen große Mengen Pestizide ausgebracht. Wir finden, wo Naturschutz draufsteht, soll auch Naturschutz drin sein. Deswegen soll der Pestizideinsatz in besonders geschützten Gebieten verboten werden. Denn sie sind eigentlich für den Schutz und die Sicherung der heimischen Tier- und Pflanzenarten eingerichtet worden.



Schutz für Streuobstwiesen: In keinem anderen Bundesland stehen so viele alte Obstbäume wie in Baden-Württemberg. Sie sind von besonderer Bedeutung als Lebensraum für geschützte Arten. Für diese einmalige Kulturlandschaft trägt das Land eine besondere Verantwortung. Das Volksbegehren fordert deswegen einen wirklichen Schutz vor Abholzung.